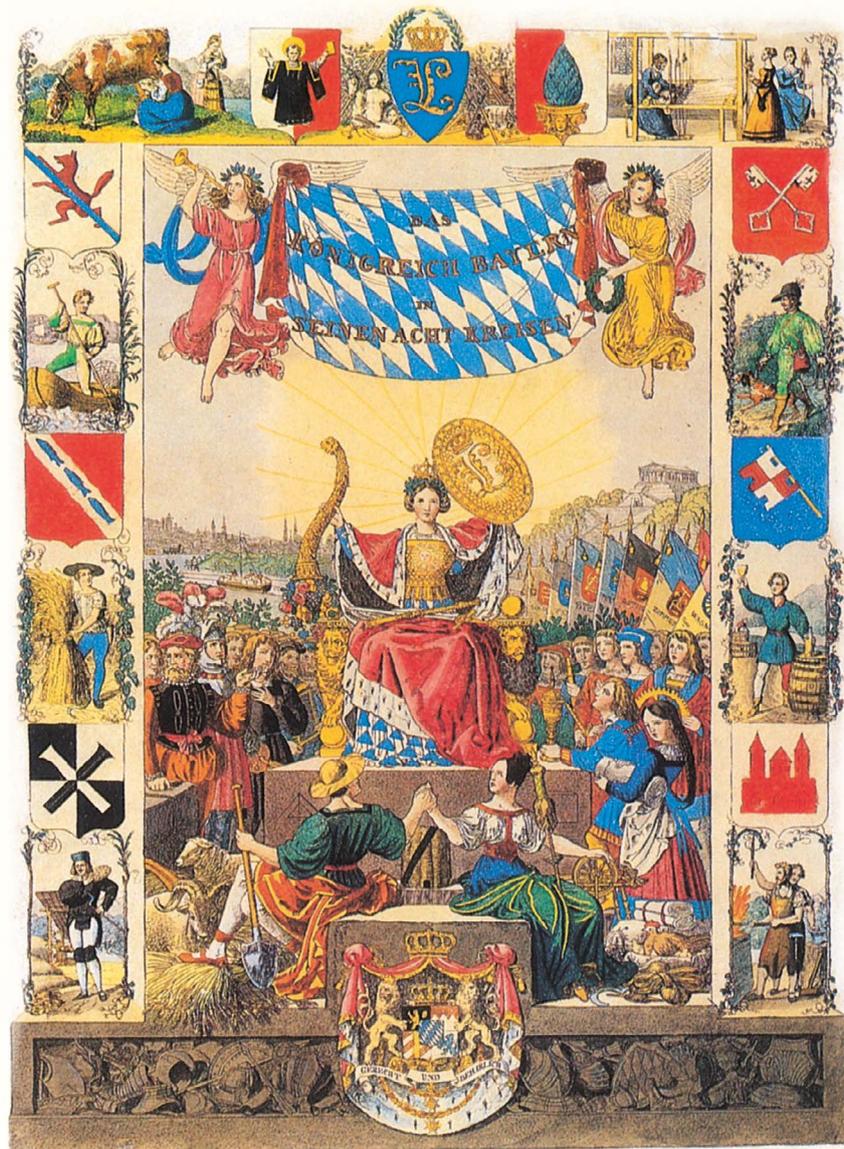


Die Pfalz im Königreich Bayern 1816-1918¹

von Karsten Ruppert



Titelblatt zum Buch „Das Königreich Bayern in seinen acht Kreisen“
Abbildung: Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg

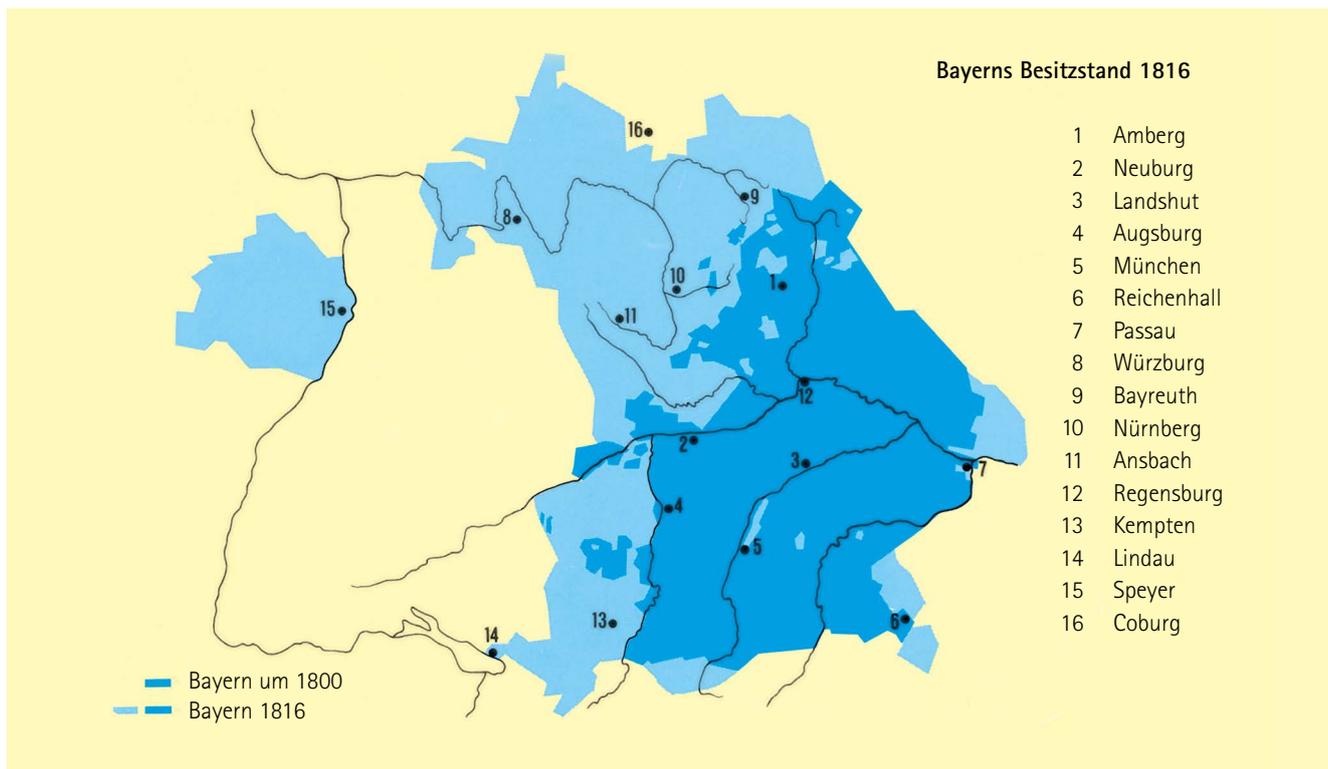


Abbildung: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Die Sonderstellung der Pfalz im Königreich der Wittelsbacher

Seit 1792 kämpfte das revolutionäre Frankreich gegen seine europäischen Nachbarn. Diese Kriege waren bruchlos in die Napoleons übergegangen, in deren Gefolge die politische Landkarte Europas umgestaltet wurde und das Alte Reich unterging. Im Zuge dieser Entwicklung war das Kurfürstentum Bayern 1806 zum Königreich aufgestiegen. Damit wurde die bayerische Koalitionspolitik belohnt.

In Umfang und innerem Aufbau war ein ganz neuer Staat entstanden. Er fand seine endgültige Gestalt durch die Übernahme der am Rhein erworbenen Gebiete im April 1816. Gewünscht hatte man sich diese, die zunächst „Rheinkreis“, ab 1837 „Pfalz“ hießen, nicht, waren sie doch vom Stammland getrennt und hatten aufgrund ihrer Zugehörigkeit von fast zwei Jahrzehnten zu Frankreich eine vom Rest des Königreichs fundamental abweichende politische, gesellschaftliche, rechtliche und kulturelle Prägung. Daher gestaltete sich das Verhältnis der Pfalz zu dem Königreich der Wittelsbacher, dessen Teil sie bis

1918 war, spannungsreicher als das jedes anderen Regierungsbezirks. In der ersten Hälfte der Epoche war dieses sogar überwiegend von Konflikten geprägt, die in dem gescheiterten Versuch einer gewaltsamen Lostrennung 1849 mündeten.²

Trotz dieser widrigen Ausgangslage wurde die Angliederung der Pfalz an das Königreich Bayern aufs Ganze gesehen ein Erfolg. Sie vollzog sich in einer einmalig günstigen Konstellation. Drei Gründe sprachen in dieser Situation dagegen, das Naheliegende zu tun, nämlich die Neuerwerbung dem Stammland so weit wie möglich anzupassen. Beide Teile waren so unterschiedlich entwickelt, dass die Schwierigkeiten eines Verschmelzungskonzepts hoch eingeschätzt wurden und zudem mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem Risiko eines langen und heftigen Widerstands der Neubürger verbunden gewesen wären. Zweitens strebte Bayern, in Rivalität mit Preußen und Österreich, eine Führungsrolle im konstitutionellen Deutschland an, mit der es sich nicht vereinbaren ließ,

.....

2 Neueste Zusammenfassung zur Angliederung der Pfalz an das Königreich Bayern: Lenelotte Möller/Walter Rummel/Armin Schlechter (Hg.): „auf ewige Zeiten zugehören“. Die Entstehung der bayerischen Pfalz 1816, Ubstadt/Weiher 2016 (Veröffentlichung der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 117).

1 Eine umfassende Behandlung des Themas in: Karsten Ruppert: Die Pfalz im Königreich Bayern: Geschichte, Kultur und Identität, Stuttgart 2017.

Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse zu beseitigen, die den Liberalen im Deutschen Bund als Vorbild galten. Schließlich ergab es für den Leiter der bayerischen Politik, Maximilian Graf Montgelas (1759–1838), und sein aufgeklärtes Beamtentum keinen Sinn, in der Neuerwerbung Zustände zu beseitigen, die man im Stammland selbst verwirklichen wollte.

Daher behielt die Pfalz ihre „rheinischen“ oder „französischen Institutionen“ und war wohl deswegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „modernste“ Region des Deutschen Bundes.³ Doch hat nicht nur die unerwartet einfühlbare Angliederungspolitik bei den Neubürgern Begeisterung und Zustimmung ausgelöst, sondern auch die zwei Jahre später erlassene Verfassung. Alle Bestimmungen der ersten in Kraft getretenen bayerischen Verfassung 1818, die nicht auf die Pfalz übertragbar waren und dort retardierend gewirkt hätten, galten in diesem Landesteil nicht. Diese Verfassung wurde als das zeitgemäße Instrument angesehen, um die alten mit den neuen Landesteilen zu einem einheitlichen Staatsgebilde zu verschmelzen. Sie wurde aber auch zugleich Grundlage, auf der sich die weitere Modernisierung des Königreiches vollzog. Vor allem die in ihr garantierte „Ständeversammlung“, durch die der dem Staat gegenüberstehenden Ständegesellschaft ein erhebliches Maß an Mitgestaltung eingeräumt wurde, wirkte in diese Richtung.⁴

Die Pfälzer Vertreter in der Zweiten Kammer der Ständevertretung nutzten das Forum vor allem bis zur Revolution von 1848, um dem gesamten Königreich die Benachteiligung und Fortschrittlichkeit der von ihnen vertretenen Provinz kundzutun.⁵ Dabei formte sich die Schicht der pfälzischen Liberalen. Bis zum Aufkommen der Massenparteien am Ende des Jahrhunderts dominierten sie die Politik nahezu konkurrenzlos. Sie saßen auch im Landrat, der die Provinzialregierung vor allem in Steuerfragen beriet, und den Gemeindevertretungen; darüber hinaus stellten sie die Vorstände in den Vereinen wie den Wirtschaftsverbänden. Der pfälzische Liberalismus hat seine Wurzeln in der Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich (sog. „Franzosenzeit“). Weltanschaulich vertrat er vor allem eine aufklärerisch-rationalistische Weltanschauung; ökonomisch wurde er von einer Elite getragen, die

aus der Vermögensumschichtung im Gefolge der Enteignung von Adel und Kirchen als Gewinner hervorgegangen war. Die Aufgabe, die sich seit 1816 stellte, war also, eine Region mit freien und rechtsgleichen Individuen, die vom aufklärerischen Rationalismus geprägt waren und die seit langem bürgerliche Freiheiten wie freie wirtschaftliche Entfaltung kannten, allmählich in eine autokratische Monarchie mit einer ständischen Gesellschaft zu integrieren, deren Mitglieder sich noch ganz überwiegend in Glauben und Alltag fraglos an den Normen ihrer Kirchen orientierten.

Diese Sonderstellung der Rheinpfalz war ein politisch wie staatlich starkes Band, um eine historisch, konfessionell wie kulturell außerordentlich zersplitterte Region zu vereinheitlichen, die auf keinerlei Tradition zurückgreifen konnte, sondern sich aus über drei Dutzend einst selbstständigen Gebilden zusammensetzte wie dem Herzogtum Zweibrücken, der Grafschaft Leiningen oder der Reichsstadt Speyer. Ebenso vereinheitlichend wie identitätsstiftend wirkte die verwaltungsmäßige Zusammenfassung des Gebiets mit den Regierungspräsidenten an der Spitze, die rasch zu Repräsentanten der Region wurden. Diese Entwicklung wurde zum einen nachhaltig befördert durch die 1818 erfolgte Vereinigung der Lutheraner mit ihren kalvinistischen Glaubensbrüdern unter einem für die Pfalz zuständigen Konsistorium und zum anderen durch die Zusammenfassung der Katholiken, die bisher fünf verschiedenen Diözesen unterstanden hatten, zum Bistum Speyer im selben Jahr, das in die bayerische Kirchenorganisation eingegliedert wurde.

Zunehmende Spannungen

Die Zerrüttung des pfälzisch-bayerischen Verhältnisses, die in nur einer Generation von der enthusiastisch begrüßten Angliederung zum gewaltsamen Aufstand führte, hatte zunächst wirtschaftliche und fiskalische Ursachen. Die königliche Regierung sah hilflos zu, wie in ihrem dichtest besiedelten Kreis als Folge der rasanten Zunahme der Bevölkerung die Unterschichten verarmten und die Kleinbauern in ihrer Existenz bedroht waren. Vor diesem Hintergrund gab das Steuersystem des Rheinkreises zu besonderem Missmut Anlass. Er hatte erhebliche Kosten für Aufgaben des Staates zu tragen, ohne von diesem bei seinen Verpflichtungen entsprechend unterstützt zu werden. Die Gemeinden waren stark verschuldet, da sie noch für Zinsen und Tilgungen von Besatzungs- und Kriegskosten aus der französischen Zeit aufzukommen hatten. Die Steuerbelastung in der Pfalz war teilweise höher als in den anderen Landesteilen, da für einige Abga-

3 Hans Fenske: Die Wittelsbacher und die Pfalz 1816–1918, in: Pfälzer Heimat 64 (2013), S. 1–12; 45–54.

4 Dirk Götschmann: Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz: die Ständeversammlung des Königreichs Bayern 1819–1848, Düsseldorf 2002 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus).

5 Ders.: Bayerischer Parlamentarismus (wie Anm. 4), passim.

ben die höheren französischen Sätze beibehalten wurden.⁶ Im Streit um die angemessene Belastung der Pfalz wurde in der abgelegenen Provinz immer wieder das Argument vorgebracht, dass die zollpolitische Abschnürung des Kreises es verhindere, die Wirtschaft so in Schwung zu bringen, dass eine solche Schulden- und Steuerlast überhaupt tragbar sei.⁷ Das war in der Sache richtig, doch war es der bayerischen Regierung nur bedingt möglich, diesen Missstand zu beheben. Erst als die zollpolitische Zersplitterung im Deutschen Bund bis 1834/35 beseitigt war, beruhigten sich die Gemüter in dieser Hinsicht.

Das Gefühl der Zurücksetzung und Ungleichbehandlung hatte man im Rheinkreis auch im Hinblick auf die Beamtenpolitik. Auf dem linken Rheinufer besetzten die Beamten aus dem rechtsrheinischen Bayern die höheren Posten in der Verwaltung, hingegen machten nur wenige Pfälzer in der höheren Beamtschaft wie auch im Militär Bayerns Karriere. Dafür war das Misstrauen gegenüber deren politischer Einstellung ebenso ein Grund wie die Unterschiede in der Rechts- und Verwaltungskultur in den Landesteilen und ein unzureichendes höheres Bildungswesen in der Pfalz. Ebenfalls objektive Gründe wie politisches Kalkül waren dafür ausschlaggebend, dass die Pfalz innerhalb der Ständeversammlung in der Kammer der Reichsräte keine Rolle spielte und bis zur Revolution in der nach ständischem Proporz gewählten Kammer der Abgeordneten unterrepräsentiert blieb. Denn in der Klasse der adeligen Grundbesitzer und Universitäten konnte sie keine Abgeordneten stellen.⁸

Der Konflikt nahm allerdings erst mit dem neuen Kurs der bayerischen Politik konkrete Formen an. Dieser begann, als Montgelas und mit ihm ein Teil der aufgeklärten politischen Elite durch Kronprinz Ludwig und eine Adelsfronde zu Beginn der Zwanzigerjahre entmachtet wurde. Das von Ludwig I. seit 1825 als König verfolgte Konzept des zwar reformgeneigten, doch autokratischen Regierens ließ sich mit dem Selbstbewusstsein seiner Stände nur schwer vereinbaren. Mit dem reaktionären

Schwenk des Königs, den er angesichts der revolutionären Welle, die Europa seit dem Beginn der Dreißigerjahre erfasste, vollzog, brach der Konflikt offen aus. Nun wurde die Pfalz aus Münchener Perspektive endgültig vom Modell- zum Problemfall. Die autokratische Politik des Königs kollidierte mit der politischen Kultur der Pfalz, die von ihm verfolgte Rekatholisierung mit deren rationalistischer Mentalität und Kultur wie dem Religionsverständnis der Pfälzer.

Im Zuge dessen formierte sich der Pfälzer Liberalismus neu. Anknüpfend an die Griechen- und Polenvereine der Zwanzigerjahre und an den im Januar 1832 gegründeten „Press- und Vaterlandsverein“ zur Unterstützung der freien Presse und verfolgter Journalisten, dem wohl ersten Massenverein in Deutschland, erweiterte er sich sozial durch den Zuzug von Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Handwerkern und publizistisch durch die Gründung oppositioneller Blätter wie Philipp Jacob Siebenpfeiffers Zeitschrift „Rheinbayern“ oder Georg Friedrich Kolbs „Neue Speyerer Zeitung“ und die Verbreitung von Flugschriften wie „Ein freies Wort: Die Maut im königlich-bayerischen Rheinkreis“ des Zweibrücker Advokaten Joseph Savoye. Bei dem neuen Austarieren der Gewichte zwischen den fürstlichen Regierungen und den liberalen Kräften übernahm der pfälzische Frühliberalismus an der Jahreswende 1830/31 in Bayern und Deutschland eine Führungsrolle. Deren Höhe- und Wendepunkt war das Hambacher Fest vom Mai 1832, einerseits ein beeindruckendes Zeugnis der Schlagkraft des Liberalismus, andererseits aber auch Beleg dafür, dass ihm jenseits von sozialrevolutionärer Rhetorik und politischer Polemik Mittel und Konzepte zum Handeln fehlten.

Die vom Deutschen Bund gestützte anschließende Besetzung der Pfalz und die Entlassung wie Disziplinierung politisch verdächtiger Beamter, Advokaten und evangelischer Pfarrer, dazu das verstärkte Schikanieren der Volksvertreter löste nichts, verbitterte nur. Nach der Niederschlagung der freiheitlichen Bewegungen trat Deutschland – und mit ihm die Pfalz – in die Phase der Repression, die mit Stagnation in vielen Bereichen einherging. Zusätzlich verlor der bayerische Staat dadurch an Autorität, dass die Strafverfolgung der Auführer in einem juristischen Fiasko endete.⁹ Als ambivalent erwies sich für

6 Hansjörg Gruber: Die Entwicklung der pfälzischen Wirtschaft 1816-1834 unter besonderer Berücksichtigung der Zollverhältnisse, Saarbrücken 1962 (Veröffentlichungen des Instituts für Landeskunde des Saarlandes 6), S. 26 ff.

7 Detailliert geschildert in der Flugschrift von Georg Friedrich Kolb: „Die Steuerüberbürdung der Rheinpfalz“ von 1829; zitiert bei Gruber: (wie Anm. 6), S. 28 f.

8 Josef Leeb: Wahlrecht und Wahlen zur Zweiten Kammer der bayerischen Ständeversammlung im Vormärz (1818-1845), Göttingen 1996 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 55) S. 62 ff.

9 Paul Warmbrunn: Der Assisenprozeß in Landau 1833 vor dem Hintergrund der Geltung des französischen Rechts und der „Rheinischen Institutionen“ in der Pfalz, in: Armin Schlechter (Hg.): Kämpfer für Freiheit und Demokratie Johann Georg August Wirth, Neustadt an der Weinstraße 2010 (Stiftung zur Förderung der Pfälzischen Geschichtsforschung: Reihe B, 12) S. 37-51.



Das Hambacher Fest in einer zeitgenössischen Darstellung
Abbildung: Historisches Museum der Pfalz, Speyer

ihn auch, dass ein Teil der politisch führenden Köpfe ins Ausland floh. Da dies vor allem Burschenschafter, Advokaten und Journalisten mit demokratischer wie republikanischer Gesinnung waren, sah sich der bayerische Staat in der Pfalz einer ideologisch homogeneren Opposition gegenüber, als in Europa 1848 die Völker erneut in Bewegung gerieten.

Revolution und Aufstand

Die Gründung des „Volksvereins für die Pfalz“ Anfang April 1848 war das für den Verlauf der Revolution entscheidende Ereignis. Ihm gelang es bis zum Ausbruch des Aufstandes ein Jahr später, Demokraten und Konstitutionelle auf dem gemeinsamen Kurs der rückhaltlosen Unterstützung der Nationalversammlung zusammenzuhalten. Mit der Gründung von fast 200 Ortsvereinen machte er den Kreis zu einem der am stärksten politisierten Gebiete Deutschlands. An seiner dominierenden Stellung änderten die wenigen Vereine der Demokraten und Arbeiter, die später ins Leben traten, nichts; erst mit den katholischen Piusvereinen kam an der Jahreswende 1848/1849 eine ideologisch neue Formation auf, die aber außerhalb ihres Lagers keinen Einfluss hatte.

Die bis zum Frühjahr 1849 auffallend ruhige Provinz ging zum Aufstand über, weil sie sich durch die Zurück-

weisung der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung hintergangen fühlte und der seit Jahrzehnten angestrebte demokratische Nationalstaat mit einem Schlag zunichtegemacht worden war. In dieser Atmosphäre von Wut und Enttäuschung gelang es einer Gruppe Entschiedener, einen Teil der Bevölkerung zur Loslösung von Bayern und Unterstellung unter die Reichsgewalt zu gewinnen. Präsident der pfälzischen Revolutionsregierung wurde der Advokat Joseph Martin Reichard, für Inneres war der Journalist Nikolaus Schmitt, für Äußeres der Rechtspraktikant Theodor Greiner zuständig; die Justiz verwaltete sein Kollege Peter Fries und um die Finanzen kümmerte sich der Apotheker Philipp Hepp. In ihrer ersten Proklamation beriefen sie sich darauf, dass „im Vertrauen auf ihr gutes Recht“ sich die „gesamte Bevölkerung der Rheinpfalz“ erhoben habe, „um der Widerspenstigkeit der deutschen Fürsten gegen die durch die Vertreter des deutschen Volkes endgültig beschlossene deutsche Reichsverfassung thatkräftig entgegen zu treten.“¹⁰ Von dem aussichtslosen Unterfangen hielt sich der größte Teil der bisherigen politischen Elite fern; es wurde getragen von

.....
¹⁰ Die Pfälzische Revolution 1848/49, hg. im Auftrag der Stadt Kaiserslautern und des Bezirksverbands Pfalz von Erich Schneider und Jürgen Keddigkeit, Kaiserslautern 1999, S. 38.

den meist jüngeren Radikalen, die bisher in der zweiten Reihe agiert hatten.¹¹

Die unentschiedene Haltung der bayerischen Regierung in der Reichsverfassungsfrage und die Absicht, das bayerisch-pfälzische Verhältnis in der Zukunft nicht über Gebühr zu belasten, bestimmte die juristische und politische Aufarbeitung des Aufstandes. Auf die offiziöse Devise, die Masse der Gutgläubigen sei von Radikalen und Kriminellen, meist von auswärts, verführt worden, konnten sich Ankläger und Angeklagte rasch einigen. Doch: So sehr die Provinz auch unter der folgenden Reaktionspolitik ächzte und so sehr Einzelne hart getroffen wurden, so sollte sich diese Strategie für eine konstruktive politische Entwicklung in der Zukunft als richtig erweisen.

Revolution und Aufstand waren tiefe Einschnitte in der über hundertjährigen Geschichte der wittelsbachischen Pfalz. Flucht, Strafmaßnahmen, Resignation und ihr fortschreitendes Alter lösten die Generation, die sich bisher als Avantgarde der Modernisierung verstanden hatte, auf. Die Einsicht, dass in Zukunft nur noch mit und innerhalb Bayerns größere oder kleinere Schritte der Reform gemacht werden könnten, wurde Allgemeingut. Andererseits hatte sich dieses Bayern schon während der Revolution, durch Verbreiterung und Entfeudalisierung des Wahlrechts und durch politischen und rechtsstaatlichen Umbau, auf die politische Kultur der Pfalz zubewegt und sollte in den kommenden Jahren auf diesem Kurs bleiben. So wurde die Sonderstellung der Pfalz immer obsolet. Was dann noch an Besonderheiten blieb, wurde durch die Industrialisierung und die Reichseinigung weitgehend abgeschliffen.

Die politischen Bewegungen

Trotz des Bemühens der Kreisregierung, in der Pfalz eine starke konservative Bewegung zu fördern, blieb der Liberalismus auch in der Epoche von Reaktion und Reichseinigung die vorherrschende politische Kraft. Er hatte sich jetzt aber programmatisch und sozial zum protestantischen Wirtschaftsbürgertum der Städte und den Großbauern bzw. -winzern hin geöffnet. Zunächst hielt er sich in der Zweiten Kammer noch von den ihm nahestehenden gleichgesinnten Fortschrittlern fern, da man großdeutsch und, durch Bismarcks Verfassungskonflikt bestärkt, anti-preußisch eingestellt war. Dessen Siege und die Furcht vor

dem französischen Griff nach der Pfalz führten aber bei den Pfälzer Liberalen zu einem Gesinnungswechsel. Nun als Nationalliberale firmierend, unterstützten Männer wie Ludwig Andreas Jordan und Franz Peter Buhl sowohl Bayerns Weg ins Reich als auch die Verwaltungs-, Justiz- und Rechtsreformen der liberalen Ministerien. Sie hatten sich inzwischen ihren bayerischen Gesinnungsgenossen angeschlossen, um sich in der Kammer gegen die dort jetzt dominierenden konservativ-klerikalen Patrioten behaupten zu können.¹²

Zunächst blieb der Liberalismus bis fast zur Jahrhundertwende führend, da ihn bei den Landtagswahlen das indirekte Verfahren und der Zuschnitt der Wahlkreise und bei den Reichstagswahlen das Stichwahlverfahren begünstigten.¹³ Diese Position wurde dadurch unterminiert, dass ihm gegen Ende des Jahrhunderts der Bund der Landwirte die protestantischen Bauern der Nord- und Westpfalz, die kleineren Winzer an der Haardt und die bedrängten Tabakbauern in der Rheinebene abspenstig machte. Des Weiteren politisierten sich allmählich die Katholiken und die Arbeiterschaft. Wenn sich die katholische Zentrums- partei in der rationalistischen Pfalz bei den Wahlen ebenso schwertat wie beim Aufbau ihrer Organisation, so konnte sie sich doch bis zum Ende des Jahrhunderts etablieren. Dazu trug nicht zuletzt ein für die damalige Zeit wohl einmaliges Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie von 1899 bei.¹⁴ Dieses sicherte beiden Parteien nicht nur manches Mandat auf Kosten der Liberalen bei Landtags- und Reichstagswahlen, sondern war auch die Voraussetzung für die demokratische Wahlrechtsreform von 1905 in Bayern. Letztlich hatte wohl die Sozialdemokratie am meisten von dieser ungewöhnlichen Koalition profitiert. Bis zum Ausbruch des Krieges war sie die stärkste Partei der Pfalz.¹⁵

Im Landtag schlossen sich beide Parteien aber unterschiedlichen Lagern an. Dort wuchs der Einfluss der

12 Theodor Schieder: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit (1863-1871), München 1936.

13 Vgl. Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): Pfalzatlas, Karte 80: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1890-1930 (Wolfgang Hartwich), Kartenband 1, Speyer 1963-1976.

14 Ernst Otto Bräunche: Parteien und Reichstagswahlen in der Rheinpfalz von der Reichsgründung 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Eine regionale partei- und wahlhistorische Untersuchung im Vorfeld der Demokratie, Speyer 1982 (Veröffentlichung der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Speyer 68), S. 145 f.

15 Die Ergebnisse der Reichstagswahlen in der Pfalz bei E. O. Bräunche: Reichstagswahlen (wie Anm. 14), S. 335 ff. Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern ab 1869: Handbuch der bayerischen Geschichte, begr. von Max Spindler, neu hg. von Alois Schmid, Band IV: Das Neue Bayern: Von 1800 bis zur Gegenwart. Zweiter Teilband: Die innere und kulturelle Entwicklung, München 2007, S. 738 ff.

11 Zu Aufstand und Revolution zusammenfassend der Titel in Anm. 10 und Die Pfalz und die Revolution 1848/49, hg. von Hans Fenske u. a. (Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde Kaiserslautern), Kaiserslautern 2000 (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 16, 1 u. 2).

Kammer der Abgeordneten kontinuierlich. Ihr stand aber eine Regierung und Ministerialverwaltung gegenüber, die ihre Stärke aus ihrer alleinigen Abhängigkeit vom König, ihrem Sachverstand und ihrer Unterstützung durch die liberale Minderheit gegen die Kammermehrheit von Patrioten und SPD bezog.

Industrialisierung

Die Industrialisierung der Pfalz setzte erst mit dem Beitritt Bayerns zum Deutschen Zollverein 1834 ein. Das allmähliche Aufkommen der Großbetriebe etwa zur Zeit der Reichsgründung wurde durch das Reservoir von arbeitswilligen und lernfähigen Arbeitskräften zusätzlich gefördert. Sie waren die Folge einer fast ungebremsten Bevölkerungsvermehrung in dem flächenmäßig kleinsten, doch am dichtesten besiedelten Kreis Bayerns von 450.000 Einwohnern auf fast eine Million am Ende der Epoche.¹⁶ Eine Ursache dafür waren die französischen Institutionen der Realteilung (alle Nachkommen sind gleich erbberechtigt), Gewerbefreiheit (keine zünftige Beschränkungen) und unbegrenzte Niederlassungsfreiheit (Jeder kann sich am Ort seiner Wahl niederlassen). Die Kehrseite war, dass eine relativ wohlhabende Provinz überdurchschnittlich viele Arme zählte.¹⁷ Nicht zuletzt deswegen war sie ein klassisches Auswanderungsland. So ist unter anderem der Großvater des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump mit Namen Friedrich 1885 aus Kallstadt ausgewandert. Er gehörte zu den wenigen, die wieder zurückwollten. Das wurde ihm aber 1905 von den bayerischen Behörden verweigert, da er seinen Militärdienst nicht abgeleistet hatte – eine historisch weitreichende Entscheidung.¹⁸ In der ersten Hälfte des Jahrhunderts schlugen bei der Auswanderung auch die politischen Motive zu Buche. Als in der Zeit der Reaktion wirtschaftliche hinzukamen, war sie besonders hoch gewesen. Danach wurde sie durch die Binnenwanderung zu den Industriestandorten inner- und außerhalb der Pfalz abgelöst. Dies trug deutlich zum beschleunigten Wachstum der Städte bei. Ludwigshafen hatte die rasanteste Zunahme: 1852 1.500 Einwohner, 1871 7.800 und 1900 72.300. Speyer zählte 1830 8.400, 1871 12.900 und 1880 15.600; in Kaiserlautern

stieg die Zahl der Bewohner von 1834 bis 1900 von 7.000 auf 48.000. Keine dieser Städte konnte sich aber zu einer wirklichen Metropole entwickeln.



Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht US-Präsident Donald Trump 2018 einen alkolorierten Kupferstich von 1705 als Gastgeschenk. Darauf ist eine Karte der Rheinpfalz zu sehen. Unter anderem ist auf ihr der Heimatort von Trumps deutschen Vorfahren zu finden.

Foto: picture alliance/Bundesregierung/dpa/Fotograf: Steffen Kugler

Die Pfalz hatte ein gut ausgebautes Eisenbahnwesen aufgrund privater Investitionen. Dazu kam die günstige Lage am Rhein, die die Einfuhr von Rohstoffen ebenso erleichterte wie den Zugang zum nationalen wie internationalen Markt. Diesen verkehrsmäßigen Standortvorteilen verdankte sie zu einem guten Teil, dass sie sich nach der Reichseinigung weitaus dynamischer entwickelte als das rechtsrheinische Bayern. Dazu verfügte sie über die Energieträger Holzkohle, Steinkohle und natürliche Wasserkraft und später auch über eine hinreichende Stromversorgung. Solche Standortvorteile und die Wirtschaftsförderung des bayerischen Staates lockte manche Firma in die Pfalz. Folgenreich und erfolgreich war die Abwerbung der zukunftssträchtigen Chemieunternehmen BASF, Giulini und Benckiser durch Investitionshilfen.¹⁹

Die Pfalz gehörte mithin zu den spät industrialisierten Gegenden Deutschlands. Die wichtigsten Industriezweige waren zunächst die Papierherstellung, die Tabakverarbeitung und eine noch schwach entwickelte Textilbranche.

16 <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de> [Stand: 14.12.2020].

17 Joachim Heinz: Der Einfluß der Auswanderung auf die Bevölkerungsentwicklung der bayerischen Rheinpfalz im 19. Jahrhundert, in: Pfälzer Heimat 44 (1993), S. 70.

18 Dazu Roland Paul: Der Amerika-Auswanderer Friedrich Trump aus Kallstadt und das Scheitern seiner Rückkehr, in: Pfälzer Heimat 67 (2016), S. 15–21.

19 Heribert Kürten: Die chemische Industrie in der Pfalz, in: Pfälzische Landeskunde 3 (1981), hg. von Michael Geiger, S. 305–318.

Charakteristisch für das Gewerbe und die Industrie vor der Jahrhundertmitte waren Kleinbetriebe, die auf der Grundlage örtlicher und regionaler Rohstoffe und Ressourcen für den inländischen Absatzmarkt produzierten. Damit aber waren dem wirtschaftlichen Wachstum zunächst die Grenzen gesetzt. Den Aufschwung nach 1870 verdankte die Pfalz sowohl der Überwindung ihrer wirtschaftlichen Randlage durch die Reichseinigung als auch einer damit parallelaufenden wirtschaftsfreundlichen Sozial- und Gewerbegesetzgebung der liberalen Ministerien in Bayern zwischen 1869 und 1876.²⁰ Jetzt erhielt die Industrie auch einen zusätzlichen Schub durch technische Innovationen sowohl bei den Antriebs- wie Produktionsmaschinen. Noch bedeutender waren wohl Erfindungen und Patente, die vor allem in der chemischen Industrie wie dem Maschinenbau die Entwicklung beschleunigten.²¹ In dieser vielfältig gemischten Regionalwirtschaft mit einem noch vorherrschenden Agrarsektor waren um die Jahrhundertwende mit der chemischen Produktion und dem Maschinenbau die kommenden Wachstumsindustrien bereits vorhanden. Nimmt man die Hütten dazu, dann war die Metallverarbeitung die wichtigste Branche vor dem Krieg. Insgesamt arbeiteten bis dahin 100.000 Menschen in der Industrie. Mit jeweils ungefähr 350.000 Menschen lebten ungefähr ebenso viele der etwa 1.000.000 Einwohner von der Industrie wie der Landwirtschaft. Mit einer Zunahme der Beschäftigten in der Industrie von über 10 Prozent im Jahr in den beiden letzten Jahrzehnten verschob sich die Relation aber rasant.²²

Der späte, doch rasche Aufschwung machte die Pfalz zu einer Region mit einer auffallend diversifizierten Produktion und mehreren industriellen Zentren Ludwigshafen, Frankenthal, Kaiserslautern und Zweibrücken. Traditionelle Gewerbe und Industrien banden in meist nicht allzu großen Betrieben viel Personal. Welt- oder Großunternehmen in Chemie wie auch der Maschinenbau waren ein ansehnlicher Beweis für eine erfolgreiche Industrialisierung, die sich auch die bayerische Wirtschaftspolitik zugutehalten durfte. Dazu kamen Zuckerraffinerien und eine im Heimgewerbe in zurückgebliebenen Gegenden betriebene Schuhproduktion von nationaler Ausstrahlung. Eine solche Wirtschaft war Grundlage eines Massenwohlstands, von dem auch die immer noch starke Landwirtschaft profitierte. Er war aber auch Grundlage

einer Grundstimmung der Zufriedenheit mit den Verhältnissen, welche die Prinzregentenzeit trug und welche die Zugehörigkeit der Pfalz zu Bayern zu einer Selbstverständlichkeit werden ließ.

Landwirtschaft

Die Rahmenbedingungen für die pfälzische Landwirtschaft wurden durch die Verschiedenheit der geologischen und landschaftlichen Formationen und die große Bevölkerungsdichte vorgegeben. Die natürliche Beschaffenheit des Landes brachte den Anbau einer Vielfalt von Produkten hervor, darunter die markanten Sonderkulturen des Tabaks und des Weines. Die hohe Bevölkerungsdichte zwang zur intensiven Nutzung des Landes, so dass es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kaum noch Brachen und wenig Weiden gab. Das Vieh wurde fast ausschließlich in Ställen gehalten, demgemäß waren große Bestände selten; reine Viehzucht gab es wohl nicht, sondern eher die gemischte Wirtschaft von Ackerbau und Viehzucht. Wenn trotz solcher Bedingungen der Viehbestand in der Pfalz hoch war, dann auch deswegen, weil die Kleintierhaltung zur Aufbesserung des Haushaltseinkommens weit verbreitet war.

Eine weitere Folge der dichten Besiedlung war, dass hier das Getreide nicht die Bedeutung wie in anderen Teilen Deutschlands hatte. Wenn auch der Anbau des klassischen Brotgetreides Roggen auf der nordpfälzischen Hochebene die größte Ackerfläche einnahm, so war doch die Kartoffel die unverzichtbare Ergänzung für die Ernährung der Massen. Sie ließ sich in großem Umfang kleinflächig und disloziert anbauen und bot den kleineren Bauern, auch durch Weiterverarbeitung, noch am ehesten die Chance, Kapital zu erwirtschaften.

In der Pfalz gab es so viele klein- und mittelbäuerliche Betriebe wie sonst nirgendwo im Deutschen Reich. Mehr als die Hälfte der Flächen unter zwei Hektar wurden hier bestellt.²³ Das lag sowohl an der aus der Franzosenzeit überkommenen Realteilung als auch daran, dass weder Abgaben noch Vorschriften landwirtschaftliche Betätigung einschränkten. Da mit Parzellen dieser Größe schon im 19. Jahrhundert nicht mehr wirtschaftlich zu arbeiten war, waren die meisten wohl solche von Nebenerwerbslandwirten. Der Anteil der Großbauern lag unter einem Prozent. Der Strukturwandel hatte dann einen kontinuierlichen Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäf-

20 Ruppert: Pfalz (wie Anm. 1) S. 78 f.

21 Ebd., S. 125 f.

22 Ebd., S. 120.

23 Adolf Müller: Die Grundlagen der pfälzischen Landwirtschaft und die Entwicklung ihrer Produktion im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Leipzig 1912 (Wirtschafts- und Verwaltungsstudien 41), S. 31 ff.



Weinberge in der Pfalz bei Eller
Foto: ullstein bild/Becker & Bredel



Eingang zum Bischofshaus in Speyer
Foto: ullstein bild/imageBROKER/
Fotograf: Dr. Wilfried Bahnmüller

tigten zur Folge. Lag er zu Beginn der wittelsbachischen Herrschaft noch bei fast 90 Prozent, so an deren Ende unter einem Drittel.²⁴

Mit einem Zwanzigstel des landwirtschaftlich genutzten Bodens war die Pfalz das relativ stärkste Weinanbaugbiet Deutschlands; hier lag ein Siebentel der deutschen Weinbaufläche. Vor dem Ersten Weltkrieg wurde in fast 300 Gemeinden von 30.000 Winzern Wein angebaut, die je nach Ernte bis zu einem Fünftel zum Gesamtertrag der pfälzischen Landwirtschaft beitrugen.²⁵ Doch die Masse der Kleinwinzer konnte von dem Erwirtschafteten nicht leben. Sie produzierten daher meist nicht für den Markt, sondern lieferten den Most an die Großwinzer ab, arbeiteten auf deren Gütern und bestellten nebenbei Felder oder hielten Vieh. Die Großwinzer an der Haardt hatten schon vor der Jahrhundertmitte auf die Produktion von Qualitätswein umgestellt, mit dem einige sogar weltweit erfolgreich waren. Sie bildeten einen markanten Teil des liberalen Bürgertums, das in Politik und Wirtschaft eine große Rolle spielte.

So lange die Pfalz zum Königreich Bayern gehörte, war sie trotz erfolgreicher Industrialisierung ein von der Land-

und Forstwirtschaft wie dem Weinbau geprägter Wirtschaftsraum. Dass im Laufe des Jahrhunderts in allen Branchen die Produktion erheblich gesteigert werden konnte, war unter anderem auch der staatlichen Förderpolitik zu verdanken, zum Beispiel in Form von Forschungsanstalten und Schulen, in denen sachkundige Landwirte für betriebswirtschaftlich geführte Höfe ausgebildet wurden.

Die christlichen Kirchen

Das deutlich verkleinerte Bistum Speyer, das 1818 neu gegründet wurde, war mit dem Rheinkreis deckungsgleich. Dies stabilisierte dessen Identität und erleichterte den Katholiken dadurch, sich mit der neuen Herrschaft zu arrangieren. In der Diözese gab es allerdings nur wenige geschlossene katholische Gebiete; kennzeichnend war die konfessionelle Mischung.

Die materiellen, geistigen und personellen Verwüstungen der „Franzosenzeit“ galten als schweres Erbe für eine Kirche, die sich gegenüber einer rationalistischen Kultur und einer teils antiklerikalen Öffentlichkeit behaupten musste. Die Bischöfe reagierten darauf, unterstützt von der ultramontanen Zeitströmung, mit dem Aufbau einer eigenen Priesterausbildung, der Initiierung einer Volksmission und dem Ausbau des konfessionellen Bildungswesens. Zeitweise kam ihnen dabei der politische Schwenk Ludwigs I. zur Religion als antirevolutionärem Sedativ entgegen. Diesem verdankt die Diözese die Wiederbele-

.....
24 Ebd., S. 15 ff.

25 Ludwig Mang/Theodor Zink: Das Wirtschaftsleben der Pfalz in Vergangenheit und Gegenwart, München 1913, S. 149.

bung einiger Klöster wie das der Franziskaner-Minoriten in Oggersheim oder das der Dominikanerinnen von St. Magdalena in Speyer, die Neu- und Wiedererrichtung katholischer Schulen wie die Neugründung eines katholischen Volksschullehrerseminars.

Andererseits lag die katholische Kirche aber mit dem Staat ständig über Kreuz, da er, durch das bayerische Konkordat vom Juni 1818 gestützt, ein ausgeprägtes Staatskirchentum praktizierte. Fortgesetzt gab es Streit über die Besetzung von Pfarrstellen, Leitungspositionen kirchlicher Bildungseinrichtungen und Schulen, Art und Umfang kirchlicher Verlautbarungen, ja selbst über Fragen von Kultus und Ritus. Die ärgsten Eingriffe in die inneren Angelegenheiten wurden abgestellt als Belohnung für die königstreue Haltung der Katholiken in der Revolution.

Die damals begründete gemeinsame Front gegen die atheistische Sozialdemokratie, den Liberalismus und die materialistische Weltanschauung hielt nicht lange. Die Verurteilung von zeitgenössischen Ideologien und der Anspruch des Papstes auf einen geistig-moralischen Primat brachten auch die pfälzische Kirche in einen erneuten Gegensatz zu den dezidiert liberalen königlichen Regierungen unter König Ludwig II. und den sie stützenden Kräften inner- wie außerhalb des Parlaments. Der Kampf tobte um den Erhalt der Konfessionsschulen, die geistliche Schulaufsicht wie die Stellung der Altkatholiken; zeitweise auch um die Besetzung des Speyerer Bischofsstuhls. Erst angesichts der zunehmenden Stärke der eher atheistisch gelagerten Sozialdemokratie kam es zu einem für die Kirche recht günstigen Arrangement. Dies verdankte sie nicht zuletzt dem Rückhalt, den sie beim pfälzischen Zentrum bzw. den bayerischen Patrioten inzwischen gefunden hatte.

Nach der Angliederung an Bayern wurden die Pfälzer Lutheraner und Calvinisten 1817 unter einem Konsistorium mit Sitz in Speyer zusammengefasst, das dem Münchener Oberkonsistorium unterstand. Seitdem konnte über keine Personalie gegen den Willen der königlichen Regierung entschieden werden, die darüber hinaus bei Vermögen und Kultus ein Mitspracherecht hatte. Diese organisatorische Vorentscheidung und längerfristige innerkirchliche Strömungen führten im Oktober 1818 dazu, dass sich die beiden evangelischen Konfessionen in einer Kirche zusammenschlossen. Diese Unierte Kirche der Pfalz war wie das katholische Bistum mit dem Rheinkreis deckungsgleich und wirkte wie dieses unter den Protestanten integrierend wie identitätsstiftend. Die neue Kirche hatte eine erkennbar kalvinistische Handschrift und war innerhalb des deutschen Protestantismus eine Hochburg des theologischen Rationalismus wie der pres-

byterial-synodalen Kirchenverfassung.²⁶ Dieser Zuschnitt war die entscheidende Triebkraft für die kirchenpolitische Dauerfehde zwischen der pfälzischen Generalsynode und dem Speyerer Konsistorium einerseits und der königlichen Regierung wie dem Münchener Oberkonsistorium andererseits.

Der Streit tobte um die Unabhängigkeit des Speyerer Konsistoriums, die Kompetenzen der Synoden, aber auch um die Beibehaltung oder Erneuerung des Unions-Katechismus wie um Grundlagen des Glaubens und deren Vereinbarkeit mit individuellen Überzeugungen. Er weitete sich zu einem Politikum, da die Aktivisten in der Unierten Kirche eng mit dem politischen Liberalismus zusammenarbeiteten, mit dem sie auch personell verknüpft waren. Deren Kampf für Unabhängigkeit vom Münchener Oberkonsistorium, für mehr individuelle Glaubensüberzeugung und mehr Mitbestimmung der Laien korrespondierte mit dem für mehr Autonomie der Pfalz, mehr Freiheit und mehr politischem Einfluss der Bürger auf Kosten des monarchischen Prinzips und des Adels.

Das wurde zum ersten Mal sichtbar auf dem Hambacher Fest von 1832, auf dem protestantische Pfarrer die Regierung und ihre Beamten attackierten, Freiheitsrechte proklamierten und sozialrevolutionäre Reden schwingen, in denen unter anderem die Abschaffung aller Privilegien des Adels gefordert wurden. Die anschließenden Disziplinierungsmaßnahmen bewirkten wenig. Im Vorfeld der Revolution von 1848, während dieser und im Aufstand von 1849 erneuerte sich die Konstellation. Liberale, Radikale und die Rationalisten der Unierten Kirche sahen darin die Chance, ihre gemeinsamen wie je eigene Ziele zu verwirklichen. Folglich hatte das Scheitern der Revolution gravierende Rückwirkungen auf die Unierte Kirche. Der Einfluss der Regierung und des Konsistoriums wie seiner Beamten wurde gestärkt, der kalvinistische Rationalismus zugunsten des Luthertums zurückgedrängt, nur die inzwischen erreichte Trennung des Speyerer Konsistoriums vom Münchener blieb. Doch waren die im Calvinismus wurzelnden Rationalisten nicht so schwach, wie es während der Reaktionsperiode den Anschein hatte. Sie setzten in den folgenden Jahrzehnten die Parität von Geistlichen und Laien in den Synoden durch und erreichten einen Kompromiss darüber, welches Lehrbuch im Religionsunterricht und welches Gesangbuch im Gottesdienst verbindlich sein sollte.

.....
 26 Zusammenfassend zur Unierten Kirche: Bernhard H. Bonkhoff: Geschichte der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz, zwei Bände, St. Ingbert 2016.

Die Vereinigte Protestantisch-Evangelisch-Christliche Kirche verdient in der Geschichte der Pfalz während des 19. Jahrhunderts eine größere Aufmerksamkeit, als man sie gemeinhin einer Kirche schenken muss. Denn sie stellte ein wesentliches Element des pfälzischen Selbstbewusstseins dar. Das war sie aufgrund ihrer engen Verbindung mit dem Liberalismus, das war sie, weil sie jahrzehntelang eine Speerspitze im Kampf gegen Bayern gewesen war und weil sie der Hort des (Vulgär-) Rationalismus war, einem Kennzeichen pfälzischer Mentalität. Daher haben scheinbar rein innerkirchliche Auseinandersetzungen wie beispielsweise die um das Gesangbuch auch die pfälzische Öffentlichkeit stets lange und intensiv bewegt. Es ging dabei eben immer auch um die gesamte geistige und mentale Verfassung der Provinz.

Das Bildungswesen

An der Spitze des Bildungswesens der Pfalz standen die beiden traditionsreichen Gymnasien in Zweibrücken und Speyer. Eine akademische Ausbildung konnten die Pfälzer daher nur außerhalb, ganz überwiegend im rechtsrheinischen Bayern, erhalten. Trotz des Ausbaus des höheren Schulwesens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts hat der Anteil der Bevölkerung, der ein Gymnasium oder eine Universität besuchte, nie zwei Prozent erreicht.²⁷

Die Basis des Schulwesens und die Schule für die Masse der Jugend war die Volksschule. Sie hieß seit 1838 „deutsche Schule“ und war als Konfessionsschule organisiert.²⁸



Herzog-Wolfgang Gymnasium, Zweibrücken: Oster-Examen 1781
 Abbildung: Archiv der Herzog-Wolfgang-Stiftung in Zweibrücken
 (Rep. VII Nr. 219)

27 Lenelotte Möller: Das Schulwesen der Pfalz 1816-1918, in: Karsten Rupert (Hg.): Wittelsbach, Bayern und die Pfalz: Das letzte Jahrhundert, Berlin 2017 (Historische Forschungen 115) S. 279 f.
 28 Max Liedtke: Gesamtdarstellung: Von der erneuerten Verordnung der Unterrichtspflicht (1802) bis 1870, in: Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens, Bd. II, S. 26 f.

Wegen der konfessionellen Gemengelage gab es auch eine Anzahl von Gemeinschaftsschulen, von denen die säkularen Pfälzer gern mehr gehabt hätten. Sie scheiterten dabei meist an ihren katholischen Landsleuten und dem rechtsrheinischen Bayern. Die Juden unterhielten eigene Schulen. Denn seit 1802 galt auch für sie die Schulpflicht, zunächst nur vom sechsten bis zum zwölften Lebensjahr für beide Geschlechter, ganzjährig, außer in der Erntezeit. Bis zum Ende des ersten Drittels des Jahrhunderts war der Analphabetismus, der unter der weiblichen Jugend hoch gewesen war, behoben. Bis zur Revolution wurden 500 Schulhäuser, oft mit Lehrerwohnungen, gebaut.²⁹ Mit der Verlängerung der Schulzeit im letzten Drittel des Jahrhunderts ging eine Erweiterung des Lehrplans um Allgemeinbildung und Naturwissenschaften einher.

Die Bezahlung der von den Gemeinden angestellten Lehrer entsprach weder ihren beruflichen Anforderungen noch ihrer Ausbildung. Dennoch hatte der Beruf für Söhne von Lehrern, Bauern und Handwerkern eine gewisse Attraktivität, da die Dauer der Ausbildung überschaubar war und im Land absolviert werden konnte. Es war die Mischung von sozialer Lage und intellektueller Regsamkeit, welche die Volksschullehrer in spannungreichen Zeiten immer wieder politisch aktiv werden ließ. Nicht solchen Aktivitäten, sondern der zunehmenden Bedeutung einer breiten Volksbildung in der technisch-industrialisierten Welt war es wohl zu verdanken, dass noch vor der Jahrhundertwende Bezahlung und soziale Absicherung verbessert wurden. Ein öfters umgebautes und nicht allzu weit verbreitetes mittleres Schulwesen von Latein-, Real- und Mittelschulen wie Progymnasien stellte die Verbindung zwischen den Volksschulen und den Gymnasien her; hier fanden auch Mädchen die Möglichkeit zur Weiterbildung. Eine zusätzliche Bereicherung des Bildungswesens waren die Gewerbeschulen. Sie öffneten bisher fernstehenden Schichten den Zugang zu höherer Bildung. Wegen ihrer praktischen Ausrichtung auf eine Tätigkeit in Gewerbe, Handel oder Büro waren sie geschätzt. Die Zentral-Landwirtschafts- und Gewerbeschule in Kaiserslautern, die 1864 in Kreisgewerbeschule umbenannt wurde, hatte einen überregionalen Ruf und Einzugsbereich.³⁰

29 Möller (wie Anm. 27), S. 277.
 30 Werner Weidmann: Von der alten Landwirtschafts- und Gewerbeschule über die Oberrealschule zum Naturwissenschaftlichen Gymnasium, in: ders.: Schul-, Medizin- und Wirtschaftsgeschichte der Pfalz, S. 563 f.

Die pfälzische Kulturlandschaft

Die Voraussetzungen für die kulturelle Entwicklung der bayerischen Pfalz waren zunächst nicht günstig. Die einst geistigen Mittelpunkte der Kurpfalz lagen nach 1816 außerhalb des Landes. Einrichtungen von Orden und Kirchen, Residenzen und Höfe, an die hätte angeknüpft werden können, waren in den Revolutionskriegen untergegangen. So blieben nur einige ältere Bücherbestände und die neu gegründeten Archive des Kreises wie des Bistums, auf denen man aufbauen konnte.

Dafür konnte sich der Historische Verein und der Plan zur Errichtung eines Historischen Museums der Pfalz eines besonderen Wohlwollens der staatlichen Stellen erfreuen. Hier konvergierten das politische Interesse, die Einheit von Monarch und Volk zu festigen, indem der Landespatritismus durch die Hinwendung zur Vergangenheit von Heimat und Nation gefördert wurde, die Förderung der Wissenschaft und der Wunsch, die Identität einer traditionslosen Region in der Geschichte zu verankern. So wurde im Historischen Museum, der Burg pfälzischer Identität, eine Kontinuität von den Römern über die wittelsbachische Herrschaft in der Kurpfalz bis zum gegenwärtigen Rheinkreis konstruiert.

Dass selbst die naturwissenschaftliche Forschung als Hinwendung zur Heimat erfolgen konnte, beweist die Gründung der naturforschenden Gesellschaft „Pollichia“ im Oktober 1840. Sie wollte ausdrücklich Geologie, Tier- und Pflanzenwelt der Pfalz erforschen und trug deswegen den Namen eines kurpfälzischen Botanikers. Es war dann eher der Zufall, welcher der Pfalz schließlich auch ein Kunstmuseum im Reigen der identitätsstiftenden Einrichtungen bescherte. Zur Hebung des Niveaus des Handwerks war an der Kaiserslauterer Gewerbeschule eine Sammlung von vorbildlichem Kunsthandwerk eingerichtet worden. Durch die Schenkung eines Mäzens wurde unerwartet dort der Grundstock einer Gemäldesammlung gelegt. Wenn in ihr zunächst auch die Maler der Münchner Schule dominierten, so wurde sie später vor allem um pfälzische Maler erweitert. Wie keine andere Kunst hat die Malerei das Selbst- und Fremdbild der Pfalz geprägt. Die Genrebilder des Dorflebens, der Weinlese, des lieblichen Haardtrands und der Burgenlandschaft wurden zu weitverbreiteten Klischees. Das Niveau von dem, was unter „Pfälzer Malerei“ verstanden wurde, war, vor allem im Vergleich mit den anderen hier gepflegten Künsten, hoch. Sie war auch mit einem unmittelbaren, naiven Verständnis zugänglich, es gab einen regionalen Markt im Bürgertum, die Kunstschulen des weiteren Umfelds und vor allem der Austausch mit der Kunstmetropole München strahlten aus.

Herausbildung einer neuen Identität

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich die Pfälzer als ein Stamm im Deutschen Reich etabliert, der mit den traditionellen Stämmen vergleichbar war. Das ist erstaunlich, da es das Volk der „Pfälzer“ bis zum Beginn des Jahrhunderts noch gar nicht gegeben hatte und Geografie, Kultur und Tradition eine solche Entwicklung in keinerlei Weise begünstigten. Doch wurde auch die Pfalz Gegenstand der spätromantischen Volks- und Landschaftserkundungen nach der Jahrhundertmitte und es setzte sich auch dort die anschließende Heimatbewegung durch. Das förderte die Herausbildung einer Pfälzer Identität. Das Überraschende daran war, dass sie die gleichzeitig immer enger werdende Einbindung in das bayerische Königreich mehr förderte als gefährdete. Die Pfälzer hatten so einen weiten Weg zurückgelegt – von der auf den französischen Institutionen beruhenden politisch-gesellschaftlichen Sonderkultur als Identitätsmerkmal hin zu einem volkskundlichen und kulturgeschichtlichen Verständnis von sich selbst.

Die Pfalz im ausgehenden Königreich

Bis zur Prinzregentenzeit hatten sich Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft der Pfalz nicht zuletzt auch durch deren Eingliederung in Bayern und das Reich so gut entwickelt, dass auf ihrer Grundlage ein erster Massenwohlstand gedieh. Zusammen mit dem geistig-kulturellen Austausch wie der Integration von Politik und Verwaltung schuf dies eine Atmosphäre, in der die Zugehörigkeit zum Königreich Bayern inzwischen als eine Selbstverständlichkeit angesehen wurde. Und doch bahnte sich gerade in dieser Epoche der Anfang vom Ende an.

Dafür lagen die Ursachen weder in Bayern noch der Pfalz. Vielmehr war es der durch die europäische Mächterivalität im Zeitalter des Imperialismus ausgelöste Weltkrieg, der die Entwicklung dahin in Gang setzte. Während dieses Krieges hatte die Pfalz dabei als Standort der Rüstungsindustrie, als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet der Westfront mehr zu schultern als andere Teile des Königreiches. Das pfälzisch-bayerische Verhältnis belastete das indessen nicht.

Daher war die Pfalz auch in keiner Weise am Sturz der Monarchie beteiligt, der das Ende des Königreichs der Wittelsbacher bedeutete. Nach über einem Jahrhundert kamen die Franzosen zurück. Diesmal nicht als die Boten einer neuen Welt, sondern als chauvinistische Nation eines von Deutschen lange besetzten Landes in einem bestialischen Krieg.

Fazit

Die Geschichte der Pfalz im Königreich Bayern ist in zweierlei Hinsicht exemplarisch, also über den konkreten Fall hinausweisend. Zum einen ist sie ein Beispiel dafür, wie eine willkürlich, noch nach den Grundsätzen der Großmachtpolitik des 18. Jahrhunderts zusammengewürfelte Region zu einer politischen und kulturellen Einheit zusammenwachsen kann (wie etwa auch das Land Nordrhein-Westfalen). Zum anderen ist sie ein insgesamt gelungenes Beispiel für die Zusammenführung von sehr unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Systemen. Bayern passte sich nun nicht der Pfalz an, übernahm aber doch manches. Dieser Prozess lief mehr als Angleichung durch Interdependenz als durch Übernahme ab.

Dem Königreich Bayern ist es so bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gelungen, nicht nur die Pfalz, sondern alle zu Beginn des Jahrhunderts erworbenen Gebiete zu integrieren. Das ist in der Forschung weitgehend unbestritten. Das Geheimnis des Erfolges lag wohl darin, dass die bayerischen Regierungen auf gewachsene Traditionen Rücksicht nahmen. Ihre Politik war an dem Grundsatz orientiert, so viel Einheitlichkeit wie nötig einzufordern und so viel Selbständigkeit wie möglich zu gewähren. Diese Entwicklung zwischen Integration und Differenzierung wurde selbstredend von heftigen Kämpfen beglei-

tet. Dennoch war bis zum Vorabend des Weltkriegs der Beweis erbracht, dass ein starker Staat sich durchaus mit lebendigen Regionen vereinbaren ließ.

Den Pfälzern hätte, in historischer Perspektive betrachtet, nichts Besseres passieren können als die Angliederung an Bayern – doch hat es fast zwei Generationen gedauert, bis sie es gemerkt haben. Denn was für Alternativen hätte es denn gegeben? Bei Frankreich wollte man nicht bleiben und diese Option stand nach 1815 nie ernsthaft zur Debatte. Um allein zu überleben, war die Pfalz zu schwach. Ein Anschluss an das Großherzogtum Baden hätte nie die Möglichkeiten geboten wie der an das mächtigere Königreich Bayern. Eine Vereinigung mit dem benachbarten Preußen hätte vielleicht manche zusätzliche Perspektive eröffnet, doch gewiss auch die entscheidenden verschüttet. Denn die moderne Justiz-, Wirtschafts- und Sozialverfassung wäre, wenn überhaupt, sicherlich nicht in dem Umfang erhalten geblieben wie bei den in dieser Hinsicht sich erstaunlich verständnisvoll zeigenden Bayern. Zu einem Vorreiter der demokratischen Entwicklung in Deutschland wäre die Pfalz dann nie geworden. Dazu trug auch noch die für das 19. Jahrhundert liberale politische Verfassung des Königreichs mit ihren beachtlichen Möglichkeiten der Mitgestaltung durch das Volk bei. Dem hatte Preußen nichts Vergleichbares an die Seite zu stellen. ■